

# Zusammenarbeit mit Lateinamerika stärken

*Handlungsempfehlungen für die deutsche Politik*

**Dezember 2019**

## Einleitung

Das vorliegende Lateinamerika-Positionspapier wurde von BDI und LADW gemeinsam erarbeitet und von den zuständigen BDI-Gremien und Mitgliedsverbänden im Herbst 2019 verabschiedet.

Grundlage bildet die CEO Agenda für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Lateinamerika. Mit dieser Agenda wollen der Lateinamerika-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft (LADW) und McKinsey & Company Entscheidungsträgern aus Politik und Wirtschaft eine Diskussionsgrundlage für die zukünftige Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Lateinamerika bieten.

*Link zur CEO Agenda: <https://ladw.page.link/bjYi>*

## Inhalt

<b>Bundesregierung muss Lateinamerikapolitik langfristig und strategisch gestalten.....</b>	<b>3</b>
<b>Arbeitsproduktivität in Lateinamerika durch Digitalisierung und Bildung erhöhen .....</b>	<b>5</b>
<b>Infrastrukturausbau in Lateinamerika mit nachhaltigen Konzepten vorantreiben und intraregionalen Handel fördern.....</b>	<b>7</b>
<b>Registrierung von Produkten und Harmonisierung von Standards durch technische Zusammenarbeit optimieren .....</b>	<b>9</b>
<b>Rahmenbedingungen und Rechtssicherheit für deutsche Unternehmen in den Ländern verbessern .....</b>	<b>10</b>
<b>Impressum .....</b>	<b>13</b>

## **Bundesregierung muss Lateinamerikapolitik langfristig und strategisch gestalten**

Laut der Studie „CEO Agenda für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Lateinamerika“ bieten gegenwärtig Lateinamerika und die Karibik deutschen Unternehmen große Chancen. Die traditionell enge Wirtschaftskooperation rückt mehr in den Vordergrund, nicht zuletzt durch die politische Einigung über ein Freihandelsabkommen zwischen dem Mercosur und der EU. Die Märkte in Lateinamerika und der Karibik fragen intensiv deutsche Produkte, Dienstleistungen, Investitionen, Finanzierung und Know-how ab. Trotzdem bleibt das wirtschaftliche Engagement Deutschlands in der Region weit unter seinem Potenzial. Die deutsche Wirtschaft möchte zwar die Möglichkeiten nutzen, sieht sich aber mit schwierigen Rahmenbedingungen und hohem Wettbewerbsdruck konfrontiert. Schwierige Wettbewerbsbedingungen entstehen insbesondere durch das Engagement chinesischer Staatsunternehmen in Lateinamerika und durch massive politische Flankierung von Projektinteressen von US-Unternehmen. Darum sind die deutschen Unternehmen hier auch auf die Unterstützung der deutschen Politik angewiesen. Politische Flankierung von Wirtschaftsaktivitäten ist in Lateinamerika von großer Bedeutung und kann den Ausschlag geben, wenn es darum geht, sich gegenüber der Konkurrenz durchzusetzen.

### **Politische Agenda**

Die deutsche Wirtschaft begrüßt die Bereitschaft der Bundesregierung, die Beziehungen Deutschlands zu den Ländern der Region auf eine neue Ebene zu heben, insbesondere durch die Lateinamerika- und Karibik-Initiative von Bundesaußenminister Heiko Maas. Die Außenministerkonferenz des Auswärtigen Amtes im Mai 2019 ist ein wichtiger Meilenstein als Auftakt für eine intensivere Zusammenarbeit mit Lateinamerika. Die Initiative muss jetzt weiter mit Leben gefüllt werden, damit sie erfolgreich ist. Die Wirtschaft braucht eine langfristige Agenda der Bundesregierung für die Zusammenarbeit mit der Region. Auch und insbesondere für den Mittelstand ist es wichtig, dass alle Ressorts in der Bundesregierung hierbei gemeinsam und abgestimmt agieren. Dazu gehören auch mehr Kanzler- und Ministerreisen in Begleitung von Wirtschaftsdelegationen in die Region und vor allem eine verstärkte bilaterale Zusammenarbeit mit einzelnen Ländern, wie zum Beispiel Brasilien, Mexiko und anderen Ländern der Pazifischen Allianz. Auch das gemeinsame Auftreten mit Europa würde die Positionierung Deutschlands in Lateinamerika begünstigen.

### **Lateinamerika-Strategie**

Die 2010 erarbeitete Lateinamerika-Strategie der Bundesregierung sollte auf ihre Aktualität geprüft und zu einem permanenten Aktionsprogramm gemacht werden. Durch eine stärkere Koordinierung der deutschen Lateinamerikapolitik in einer Institution könnten Synergien zwischen den einzelnen Ressorts besser genutzt und somit eine kohärente, strategisch angelegte Politik für die Region verfolgt werden. Wichtig dabei ist, der Heterogenität des Kontinents gerecht zu werden. Obwohl die spanische Sprache in den meisten der 33 Ländern gesprochen wird, sind die Unterschiede in Politik und Wirtschaft enorm. Jeder Staat ist anders und dem muss Rechnung getragen werden. Der richtige Ansatz wäre: Denkt regional und agiert lokal!

## Exportförderung und Entwicklungszusammenarbeit

Außenwirtschaftsinstrumente zur Exportförderung nach Lateinamerika sollten gebündelt und weiterentwickelt werden, insbesondere geförderte Projekte zur Markterschließung für den Mittelstand. Deutschland, ein vom Export abhängiges Land, wäre gut beraten, seine Ausfuhren nach Lateinamerika zu steigern. Deutschland gehört bei Handel und Investitionen in Lateinamerika und der Karibik zu den Schlusslichtern im OECD-Vergleich: Der Anteil Lateinamerikas am weltweiten Investitionsbestand Deutschlands macht mit 2,6 Prozent nur etwa ein Viertel des Durchschnitts für die OECD-Länder aus. Obwohl Lateinamerika knapp 7 Prozent zur Weltwirtschaft beiträgt, fließen auch nur 2,6 Prozent der deutschen Exporte in die Region. Die Absatzchancen für deutsche Exporte auf den lateinamerikanischen Märkten sind hoch, auch wenn deutsche Niederlassungen bereits in Lateinamerika produzieren. Die steigenden Zahlen US-amerikanischer und chinesischer Exporte in die Region belegen dies.

Auch ist eine bessere Verzahnung zwischen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) und Außenwirtschaftsförderung, speziell für die mittleren und kleineren lateinamerikanischen Staaten, zu empfehlen. Beispielsweise könnten die Wirksamkeit von Projekten in der Region optimiert werden durch eine engere Abstimmung zwischen der Wirtschaft und den Akteuren vor Ort wie der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), den Auslandshandelskammern (AHK), Germany Trade and Invest (GTAI) oder KfW. Gerade in Lateinamerika befinden sich einige der ärmsten und am meisten verschuldeten Länder der Welt. Diese sind stärker als große Länder wie Brasilien und Mexiko auf EZ-Kooperationen und nicht kommerzielle Finanzierung angewiesen beispielsweise für Projekte im Bereich Umwelt und Energie. Darum sollten vor allem KMU bei der Erschließung neuer Märkte in der Region unterstützt werden. Gleichzeitig sollte auch die regionale Integration gefördert werden. Ein Best-Practice-Modell ist hier das BDI-Innovationspartnerschaftsprojekt zwischen Deutschland und der Pazifischen Allianz. Das vom Bundesministerium für internationale Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) finanzierte Projekt gibt wichtige Impulse für die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Mexiko, Kolumbien, Peru und Chile. Gleichzeitig sollte die Bundesregierung auch auf europäischer Ebene eine engere Verzahnung von EZ-Projekten, wie zum Beispiel bei der Umsetzung des WTO Trade Facilitation-Agreements, einfordern.

## Strategische Partnerschaft

Die langfristige Kooperation mit der Region Lateinamerika könnte durch strategische Partnerschaften mit Brasilien und Mexiko gestärkt werden. Bereits seit 2008 unterhält die deutsche Regierung mit Brasilien als einzigem lateinamerikanischen Land eine strategische Partnerschaft. Diese muss modernisiert und an aktuelle Herausforderungen angepasst werden. So müssten Themen wie Digitalisierung, Cybersicherheit oder Künstliche Intelligenz mit aufgenommen werden. Beide Länder haben in diesen Bereichen beste Voraussetzungen, miteinander zu kooperieren und global erfolgreich zu sein. Dazu gehört auch, an den vereinbarten und bislang nur einmal abgehaltenen Regierungskonsultationen festzuhalten. Ein neuer Termin müsste dringend fixiert und an Brasilien eine offizielle Einladung ausgesprochen werden. Darüber hinaus sollte die Bundesregierung in Erwägung ziehen, ebenfalls mit Mexiko eine strategische Partnerschaft einzugehen. Das Land ist ein wichtiger Wirtschaftspartner für Deutschland und gewinnt durch die Kräfteverschiebung in der multilateralen Handelsordnung zunehmend an geopolitischer Bedeutung.

## Arbeitsproduktivität in Lateinamerika durch Digitalisierung und Bildung erhöhen

Ohne Erhöhung der Produktivität droht Lateinamerika ein Rückgang des jährlichen Wirtschaftswachstums um bis zu 40 Prozent, wie die „CEO Agenda“ aufzeigt. Gründe dafür sind der demografische Wandel und der damit verbundene Rückgang der erwerbstätigen Bevölkerung bis 2030. Die Produktivität in Lateinamerika liegt derzeit bei nur 20 Prozent des deutschen Niveaus. Das Wirtschaftswachstum basierte in den letzten beiden Dekaden zu 78 Prozent auf der Zunahme der erwerbstätigen Bevölkerung und nur zu 22 Prozent auf der Steigerung der Arbeitsproduktivität. Im Vergleich dazu ist letztere in Asien zu 86 Prozent für das Wirtschaftswachstum verantwortlich. Produktivitätssteigernde Technologien nach Lateinamerika zu exportieren oder dort lokal zu produzieren, ist darum eine der größten strategischen Chancen für die deutsche Industrie. Das gilt insbesondere für Technologien im Bereich Digitalisierung und Internet of Things (IoT). Diese haben das Potenzial, die gesamte Wirtschaft und Infrastruktur eines Landes zu verändern, um beispielsweise die Verkehrssysteme in Großstädten oder Energiesysteme effizienter zu betreiben. Gleiches trifft für viele andere Bereiche zu, wie das verarbeitende Gewerbe, das Bankenwesen, den Einzelhandel und die Verwaltung in Regierungsbehörden.

### Gemeinsame Projekte

Eine engere Zusammenarbeit zwischen Politik, Wissenschaft und Wirtschaft in Deutschland könnte Synergien für neue Projekte mit den lateinamerikanischen Staaten im Bereich der Digitalisierung schaffen. Ziel muss sein, neue staatlich geförderte F&E-Projekte zur Produktivitätssteigerung in Lateinamerika aufzusetzen. Die Bündelung von Kräften zur Entwicklung von neuen Technologien und Dienstleistungen würde beiden Seiten helfen, sich im globalen Wettbewerb zu behaupten. Dafür müsste auch die Zusammenarbeit von Forschungseinrichtungen, Hochschulen und Unternehmen in Lateinamerika gestärkt werden. Die kulturelle Nähe zu Europa bildet eine gute Grundlage. Pilot-Projekte in Lateinamerika, um Nutzen und Möglichkeiten von modernen Technologien, Know-how und Dienstleistungen von deutschen Unternehmen aufzuzeigen, könnten im Schulterschluss zwischen Politik und Wirtschaft umgesetzt werden, etwa in den Bereichen Smart Cities, IoT, Gesundheitswesen, Nachhaltigkeit, Mobilität, etc.

### Politische Zusammenarbeit

Die deutsche Wirtschaft würde die Bildung und Koordinierung von „Allianzen“ für ein konzertiertes Auftreten in internationalen Gremien bei Datenschutz sowie digitalen Themen und Technologien wie Cybersicherheit, Künstliche Intelligenz und Data Analytics sehr begrüßen. Politische Plattformen, wie zum Beispiel der Digitaldialog auf Regierungsebene des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) mit Brasilien, sollten auf weitere Länder und Themen ausgedehnt werden. Der Austausch zwischen der Plattform 4.0 und den größten lateinamerikanischen Volkswirtschaften, Argentinien, Brasilien und Mexiko, sollte ebenfalls intensiviert werden. In bilateralen politischen Gesprächen sollte immer wieder für die Alleinstellungsmerkmale deutscher Unternehmen, wie Nachhaltigkeit, Technologievorsprung sowie Umwelt- und soziales Bewusstsein, geworben werden.

## Bildung

Das Thema Bildung bleibt nach wie vor ein zentrales Anliegen der deutschen Unternehmen in der Region. In Lateinamerika sind Defizite in der Qualifikation der Mitarbeiter eines der Haupthindernisse in allen Bereichen. Die berufliche Aus- und Weiterbildung von Mitarbeitern kann durch die Nutzung von Wissen und Expertise aus Deutschland, wie zum Beispiel bei der dualen Ausbildung, unterstützt werden. Bestehende Aktivitäten zur dualen Ausbildung in den Ländern sollten zügig ausgeweitet bzw. neue Projekte in Erwägung gezogen werden. Darum plädiert die deutsche Wirtschaft für eine bessere Koordinierung zwischen Außenwirtschaftsförderung und Entwicklungszusammenarbeit im Bereich der Bildung in Lateinamerika. Auch die Förderung des Spracherwerbs Spanisch in Deutschland würde dem bilateralen Austausch sehr zugute kommen. Parallel müsste die deutsche Politik in Zusammenarbeit mit den Regierungen und deutschen Unternehmen vor Ort für die duale Ausbildung werben und sich dafür einsetzen, dass die Rahmenbedingungen entsprechend angepasst werden. So könnte in Brasilien, wie in Deutschland bereits gängige Praxis, die Ausbildung in der Produktion von jungen Menschen bereits mit 16 Jahren ermöglicht werden. In Brasilien ist dies gesetzlich verboten. Somit können kleine und mittlere Unternehmen, die sich keine Ausbildungswerkstatt leisten können, duale Ausbildung in ihrem Betrieb nicht umsetzen.

## Infrastrukturausbau in Lateinamerika mit nachhaltigen Konzepten vorantreiben und intraregionalen Handel fördern

Der Infrastrukturausbau und die Modernisierung der Logistik werden in der „CEO Agenda“ als zwei der akutesten Herausforderungen für die Staaten in Lateinamerika hervorgehoben. Enorme Defizite führen zu einem konstanten Verlust an Wettbewerbsfähigkeit. Eine verbesserte Infrastruktur zwischen Betrieben und Inlandshäfen könnte zum Beispiel die Transportkosten um mehr als 50 Prozent reduzieren. Hinzu kommt, dass es zu wenig Handel zwischen den Staaten Lateinamerikas gibt. Während der intraregionale Anteil am Gesamthandel in Asien oder in der EU ca. 60 Prozent beträgt, liegt Lateinamerika mit 16 Prozent weit zurück. Eine stärkere Handelsintegration innerhalb der Region würde Impulse für die Einbindung Lateinamerikas in globale Wertschöpfungsketten schaffen. Mit der Pazifischen Allianz, die 2012 von Chile, Kolumbien, Mexiko und Peru gegründet wurde, ist schon ein wichtiger Schritt in die Richtung unternommen worden. Das Abkommen schafft einen guten Rahmen für einen freien Austausch von Waren, Dienstleistungen und Personen. Auch das EU-Mercosur-Abkommen könnte hier wichtige zusätzliche Impulse bringen. Dieses müssten die Länder auch für mehr regionale wirtschaftliche Integration nutzen. Deutschland kann bei der Einbindung in globale Wertschöpfungsketten mit Technologie und Know-how helfen, um die im Rahmen der G20 vorangetriebenen Prinzipien für Investitionen in qualitativ hochwertige Infrastruktur vor Ort zu unterstützen.

### Politische Flankierung

Deutsche Unternehmen sind als Kooperationspartner sehr angesehen, haben aber oft Schwierigkeiten, bei Großprojekten zum Zuge zu kommen. USA, China und andere asiatische Länder verfolgen eine sehr aggressive Akquise-Strategie. Zudem werden Ausschreibungen preisorientiert gestaltet, was den Zuschlag für die sehr innovativen, aber nicht billigen Produkte oder Dienstleistungen deutscher Unternehmen erschwert. Speziell das Thema Lebenszyklusrechnung (Total Life Cycle Costing) sollte im Sinne der deutschen Industrie sowie zugunsten der Kunden in Lateinamerika stärker positioniert werden – also über die Anschaffung hinaus auch die Berücksichtigung beispielsweise der Instandhaltungs-, Energie- und Verbrauchskosten. Die Bundesregierung müsste die Beteiligung deutscher Unternehmen an Infrastruktur- und Logistikprojekten in Lateinamerika noch konsequenter und stärker flankieren durch:

- Sensibilisierung der lokalen Auftraggeber für die mittel- und langfristigen Vorteile einer Technologiepartnerschaft mit deutschen Unternehmen;
- Entschärfung von entsprechenden Rahmenbedingungen in strategischen Projekten;
- Abschlüssen von bilateralen Regierungsabkommen als Grundlage für die Übertragung von deutschen High-Tech-Lösungen in den zentralen Sektoren;
- Förderung systemischer Ausschreibungen in lateinamerikanischen Ländern in verschiedenen Sektoren und in Zusammenarbeit mit KfW und GIZ;
- Ratifizierung des EU-Mercosur-Abkommens.

## **Expertenaustausch**

Die Bundesregierung sollte die Bildung von interdisziplinären Arbeitsgruppen mit Experten aus Deutschland und Lateinamerika für priorisierte Großprojekte in der Region koordinieren, beispielsweise durch das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) oder das BMZ bzw. die GIZ. Je nach Projekt und Themenschwerpunkt könnten diese Expertenkreise konkrete Kooperationsvorhaben entwickeln. Darüber hinaus sollten bestehende Austauschplattformen zum Beispiel zwischen dem BMVI und Counterparts in Lateinamerika stärker genutzt werden, um strategische Projekte zu identifizieren und Kooperationsmöglichkeiten zu erörtern. Das gilt auch für die Energiepartnerschaften mit Brasilien, Mexiko und Chile, die das BMWi verantwortet. Auch im Bereich der Qualitätsinfrastruktur kann sich Deutschland gut von anderen Ländern abheben. Neue Ansätze, wie zum Beispiel Projekte im Rahmen der vom BMWi getragenen Globalinitiative Qualitätsinfrastruktur mit Brasilien und Mexiko, könnten die Zusammenarbeit weiter stärken. Dies würde die Wirtschaft sehr begrüßen.



## Registrierung von Produkten und Harmonisierung von Standards durch technische Zusammenarbeit optimieren

Eine Produktregistrierung und -zulassung ist in vielen lateinamerikanischen Ländern sehr zeit- und kostenintensiv. Brasilien gilt dabei als der Extremfall: Die Kosten für eine neue Produktregistrierung, etwa im Agrarbereich, können dort bis zu 1 Mio. US\$ betragen und die Zeitdauer für die Lizenzvergabe dauert bis zu 7 Jahre. Zum Vergleich: In den USA kostet eine Produktregistrierung nur etwa ein Fünftel und eine Lizenzvergabe dauert zwei Jahre. Ein anderer Bremsfaktor für die Produktzulassung ist die mangelnde Harmonisierung nach internationalen Standards. Dies behindert kontinuierliche Investitionen in F&E und in die Region als Standort. Der Abbau technischer Handelshemmnisse würde zu mehr Innovationen vor Ort führen.

### Technische Zusammenarbeit

Bilaterale Kooperationen zwischen wissenschaftlichen und technischen Institutionen aus Deutschland und Lateinamerika sollten weiterentwickelt werden. Durch Informations- und Erfahrungsaustausch wird ein wesentlicher Beitrag für den Abbau technischer Hemmnisse geleistet, wie die Zusammenarbeit des Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR) mit der brasilianischen Behörde für Gesundheitsschutz ANVISA zeigt. Die deutsche Politik sollte sich dafür einsetzen, dass die Prozesse für Produktregistrierungen auf den großen lateinamerikanischen Märkten vereinfacht werden. Die Dauer für eine Produktzulassung sowohl im Bereich von Gütern als auch digitalen Produkten sollte den gängigen Bearbeitungszeiten in der EU oder in den USA angeglichen werden.

### Harmonisierung

Zudem müssen die lokalen technischen Standards bi- und multilateral harmonisiert, an globale bzw. europäische rechtliche und technische Vorschriften angepasst, überflüssige Re-Zertifizierungen abgeschafft und regionale Sonderwege vermieden werden. Dafür müssen äquivalente Sicherheitstest und Zertifikate gegenseitig anerkannt werden. Bei geistigem Eigentum muss die Einhaltung internationaler Standards beachtet werden. Im Zuge der Digitalisierung sollte innerhalb Lateinamerikas speziell die Harmonisierung von technischen Standards für Homologation, Kommunikation und Datenaustausch zwischen Maschinen, Geräten, Software und Webportalen angestrebt werden.

### Digital Single Market

Das Streben der Lateinamerikaner nach einem „Digital Single Market“ in der Region sollte von der deutschen Politik unterstützt werden. Dadurch könnte Deutschland einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung Lateinamerikas leisten. Dann könnten die deutschen Unternehmen und Institutionen vor Ort auch von „Cloud Computing“ und dem freien Datenfluss in der gesamten Region, der Harmonisierung der Datenschutz- und Cybersicherheitsregeln sowie gemeinsamen Richtlinien zur Normung in den Bereichen Breitbandinfrastruktur, Internethandel, öffentliche Aufträge etc. profitieren.

## Rahmenbedingungen und Rechtssicherheit für deutsche Unternehmen in den Ländern verbessern

In Lateinamerika besteht eine gute Grundlage zum Schutz ausländischer Direktinvestitionen. Beispielsweise hat Deutschland mit den meisten großen Ländern der Region – außer mit Brasilien und Kolumbien – bilaterale Investitionsabkommen. Bis auf Brasilien sind die größten Volkswirtschaften Mitglieder des auch von der deutschen Wirtschaft unterstützten Internationalen Zentrums für die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (ICSID), und alle großen Länder sind Mitglieder der Multilateralen Investitions-Garantie-Agentur (MIGA). Dennoch beeinträchtigen unzureichende institutionelle und regulatorische Rahmenbedingungen, Korruption und eine ineffiziente Justiz die Investitionssicherheit für deutsche Unternehmen. Zudem führen die komplexe Bürokratie, vor allem im Arbeits- und Steuerrecht, existierende Handelsbarrieren und protektionistische Hemmnisse, wie Local-Content-Anforderungen, zu überdurchschnittlich hohen Kosten für Unternehmen.

### Level playing field

Die deutsche Politik sollte im Dialog mit den Regierungen immer wieder für ein „level playing field“ in den teilweise stark regulierten Ländern werben und die Vorteile eines offenen, regelbasierten und transparenten Marktumfelds deutlich machen. Der kontinuierliche Dialog zwischen den Regierungen kann nach Einschätzung der deutschen Wirtschaft sehr zu einem verbesserten Marktumfeld beitragen.

### Handelserleichterung

Angesichts der fragilen Situation der multilateralen Handelsordnung und der Notwendigkeit, die Absatzmärkte zu diversifizieren, sollte sich die Bundesregierung noch stärker für den Ausbau von modernen Handels- und Investitionsabkommen mit Lateinamerika einsetzen. Eine Verbesserung der Außenhandels- und Zollprozesse, wie im „Trade Facilitation Agreement“ im Rahmen der WTO bereits vereinbart, sollte umgesetzt werden – zum Beispiel durch konkrete Projekte der vom BMWi geförderten „Nationalen Allianz für Handelserleichterung“ sowie der „Global Trade Facilitation Alliance“. Zudem sollten die Partnerregierungen ermutigt werden, die multilaterale Zusammenarbeit in der WTO und die laufenden Modernisierungsbemühungen aktiv zu fördern. Dies betrifft zum Beispiel die Arbeiten auf Basis der Übereinkunft über Technische Handelsschranken (TBT), die Verhandlungen über grundlegende Regeln für den elektronischen Handel und Vorschläge der EU und anderer für mehr Transparenz über Handelsmaßnahmen der WTO-Mitglieder (bessere Anreize für Notifikationen, etc.). Nicht zuletzt sollten die Bundesregierung und ihre Vertretungen vor Ort in Kooperation mit der Europäischen Kommission, den EU-Delegationen und den europäischen Wirtschaftsvertretern bei der Umsetzung der EU-Marktzugangsstrategie und der Beseitigung von zentralen Marktzugangsbarrieren entsprechend der „key barriers list“ mitwirken.

## Freihandelsabkommen

Die deutsche Wirtschaft begrüßt ausdrücklich die politische Einigung über den Abschluss eines Freihandelsabkommen der EU mit dem Mercosur. Sie appelliert nun an die Regierungen der EU-Staaten und des Mercosur, die nach 20 Jahren auf politischer Ebene abgeschlossenen Verhandlungen für ein ehrgeiziges Freihandelsabkommen auch technisch abzuschließen und zügig zu ratifizieren. Mit diesem Abkommen wird eine der größten Freihandelszonen der Welt geschaffen. Für beide Seiten können dadurch neue Kooperationsansätze in vielen Bereichen auch in Hinblick auf die digitale Wirtschaft entstehen. Das Abkommen könnte eine Basis für die notwendige Steigerung unserer Direktinvestitionen in die Region schaffen, bei denen wir weit hinter dem Engagement anderer Länder liegen. Zudem ist das EU-Mercosur-Abkommen in Zeiten zunehmenden Protektionismus ein starkes Signal für freien, regelbasierten Handel mit hohen Umwelt- und Sozialstandards. Wichtiger Bestandteil des Abkommens ist ein ambitioniertes Nachhaltigkeitskapitel mit verbindlichen Regelungen zum Klimaschutz.

Für den Mercosur wäre dieses Abkommen ein erster Schritt, um tiefer in die globalen Wertschöpfungsketten eingebunden zu werden. Die Bundesregierung sollte deswegen die Mercosur-Staaten bei den notwendigen innenpolitischen Reformen zur Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit wie etwa Bürokratieabbau partnerschaftlich begleiten und unterstützen. Der effektive und vollständige Abbau von Zöllen und nichttarifären Handelshemmnissen, zum Beispiel die Anerkennung der Regeln der United Economic Commission for Europe (UNECE) durch die Mercosur-Staaten, sollten weiterhin das Ziel sein.

Die bilateralen EU-Freihandelsabkommen mit weiteren Ländern Lateinamerikas sollten gepflegt und ggf. modernisiert werden, wie aktuell im Fall von Mexiko und Chile. Mittelfristig sollten eine regionale Harmonisierung und Integration der verschiedenen europäischen Abkommen mit den lateinamerikanischen Staaten vorangetrieben werden. Priorität muss in diesem Zusammenhang eine Angleichung der Ursprungsregeln haben. Dies würde Kumulierung ursprungsrechtlich ermöglichen und positive Impulse für eine weitere regionale Integration geben. Erfahrungen in der technischen Umsetzung, wie sie die Kommission beim Freihandelsabkommen zwischen der EU und Japan (JEFTA) gemacht hat, sollten auch Teil einer ursprungsrechtlichen Strategie in Lateinamerika sein.

## Investitionsförder- und -schutzabkommen

Ein umfassender Schutz ausländischer Direktinvestitionen vor politischen Risiken ist für Unternehmen von großer Bedeutung. Diesen Schutz bieten Investitionsförder- und -schutzverträge (IFV) oder Investitionskapitel in Freihandelsabkommen (FTA). IFV und Investitionskapitel in FTA's schützen vor kompensationsloser direkter und indirekter Enteignung, ungerechter und unbilliger Behandlung sowie Diskriminierung. Verletzt der Staat die in dem völkerrechtlichen Abkommen festgeschriebenen Rechte des Investors, kann der Investor diese mithilfe von Investor-Staat-Schiedsverfahren (Investor-State Dispute Settlement, ISDS) einklagen. Zwischen Deutschland und lateinamerikanischen Ländern sind derzeit noch neun Abkommen in Kraft (mit Mexiko, Venezuela, Kuba, Brasilien, Peru, Paraguay, Chile, Argentinien und Uruguay). Seit 2009 fällt der Abschluss neuer Investitionsverträge in die Zuständigkeit der Europäischen Kommission. Diese müssen den gleichen Schutz für deutsche Auslandsinvestitionen gewährleisten, wie die vormals mit Deutschland vereinbarten IFV. Allerdings haben in den letzten Jahren mehrere lateinamerikanische Länder ihre IFV mit Deutschland gekündigt (Ecuador und Bolivien). Hintergrund ist eine anhaltende Diskussion über veraltete Vertragskonditionen. Daher müsste bei neuen Abkommen auf ein hohes Schutzniveau sowie auf moderne Schutzstandards geachtet werden, zum Beispiel Transparenz bei Investor-Staat-Schiedsverfahren, Präzisierung rechtlicher Konzepte wie „indirekte Enteignung“ oder die Einführung von Schutzmechanismen gegen unseriöse Klagen.

## **Doppelbesteuerungsabkommen**

Die Neuverhandlungen für das 2006 von der Bundesregierung gekündigte Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) mit Brasilien müssen dringend wieder aufgenommen werden. Die deutsche und die brasilianische Wirtschaft plädieren gemeinsam dafür. Das fehlende DBA führt zu Beeinträchtigungen der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen. Unternehmen in beiden Staaten sind in vielen Fällen ohne wirksamen Schutz vor Doppelbesteuerung und stehen einer erheblichen Rechtsunsicherheit gegenüber. Mit der gegenwärtigen investitionsfreundlichen Politik Brasiliens und mit Blick auf den Antrag des Landes auf eine OECD-Mitgliedschaft besteht zum ersten Mal seit Jahren wieder eine Chance, Fortschritte beim Thema DBA zu erzielen. Das Bundesministerium der Finanzen müsste die Kommunikation mit der brasilianischen Seite intensivieren und mehr Flexibilität in den Verhandlungen zeigen. Ziel muss es sein, ein verantwortungsvolles und nachhaltiges Abkommen zügig zum Abschluss zu bringen.

## **Sicherheit**

Die Verbesserung der Sicherheitslage in vielen Ländern Lateinamerikas ist immer noch ein dringendes Anliegen der deutschen Unternehmen in der Zusammenarbeit mit der Region – angefangen von der Straßensriminalität bis hin zur organisierten Kriminalität. Sie wirken parallel und bilden starke illegale Kartelle, die sich durch ihre Macht der Kontrolle durch die Staatsgewalt entziehen. Diese Strukturen entziehen große Waren- und Dienstleistungsflüsse aus dem gewöhnlichen wirtschaftlichen Zyklus und schwächen die Wirtschaft.

Diese Situation erschwert nicht nur das Engagement deutscher Unternehmen, sondern behindert vor allem die Weiterentwicklung der Länder. Die Bundesregierung könnte durch gezielte Kooperationen im Bereich der öffentlichen Sicherheit zur Verbesserung der Lage beitragen – zum Beispiel durch Erfahrungsaustausch über polizeiliche Aufklärungs- und Bekämpfungsmethoden.

## Impressum

Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI)  
Breite Straße 29, 10178 Berlin  
[www.bdi.eu](http://www.bdi.eu)  
T: +49 30 2028-1755

Lateinamerika-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft (LADW)  
c/o Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.  
Breite Straße 29, 10178 Berlin  
[www.ladw.de](http://www.ladw.de)  
T +49 30 2028-1498

### Redaktion

Rafael Haddad  
Uta Knott  
Friedolin Strack

BDI-Dokumentennummer: D1112